Abonnements-Preis
[illegible] „Der Tag" [illegible] 25 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 20 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6596) pro Vierteljahr 1 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion:
Lessingstraße 61, 1. Etage.
Sprechstunde
an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 4583.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden".

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
kosten die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 18 Pf. berechnet und bei mindestens 6maliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereins-Anzeigen 10 Pf. Inserate müssen bis spätestens 9½ Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen.

Expedition:
Gerbergasse Nr. 1.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7½ Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1709.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 238. | Dresden, Donnerstag den 14. Oktober 1897. | 8. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Dresden, 13. Oktober.

Die Ergebnisse des Parteitages.

1. Die Sozialdemokratie und der Militarismus.

P. Schippel führte aus: „Und wenn wir auch in der Oeffentlichkeit kein Wesen von der Sache gemacht haben, nun, die müssen, so müssen wir uns klar darüber sein, daß wir uns hier in einer Zwickmühle befinden. Wir haben die Soldaten nicht bewilligt, aber sie sind einmal da. Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht zu schaffen. Das ist eine Thatsache, die uns sicherlich unangenehm ist, mit der wir aber rechnen müssen. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns nicht unseren Willen thun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blut den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt." — Das war es erst, was große Erregung hervorgerufen hat. Nun ist aber später gesagt worden, Schippel habe sich versprochen. Andere traten auf, um die Sache mehr akzeptabel zu machen, wie überhaupt das Auffallendste war, daß sich diesmal dasselbe wiederholte, wie beim Agrarprogramm: man glaubte, es handle sich um eine Einzelmeinung, und war überrascht, als es sich gezeigt hat, daß so ziemlich alles, was wir an Denkern der Schicksale der Partei besitzen, dahinter steckte — damals mit geringen Ausnahmen, diesmal, wie es scheint, ohne Ausnahmen. Aber wenn je nicht die „Generäle", sondern die „Unteroffiziere" recht hatten, so war es hier der Fall. Da nun die Aeußerungen Schippels angeblich mißdeutet wurden, so wollen wir uns an jemand halten, der sich von vornherein vorgenommen hat, Mißdeutungen vorzubeugen, und der es auch vorzüglich versteht. Halten wir uns an Auer.

Auer meinte zuerst, er finde es begreiflich, wenn die bürgerlichen Parteien die Militärforderungen bewilligen. Allerdings — wir finden es aber auch begreiflich, wenn die bürgerlichen Parteien politische Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie beschließen. Er führte dann aus: „Wir sind Gegner der Ausgaben, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus sind. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß Kanonenforderungen sich zu einem besonderen Agitationsstoff eignen." Er fragte: „Könnten wir nicht unsere Soldaten auch mit Stecken und Prügeln ausrüsten?" .... Dann meinte er:

„Wir sind zwar Gegner des Krieges, aber wir können ihn nicht verhindern. Wir müssen eben mit der Eventualität rechnen, daß es gegen unseren Willen zum Kriege kommt. Kommt es wirklich zum Kriege, so können wir doch nichts anderes wünschen, als daß unsere Brüder siegen. Sollten wir uns auch dagegen wehren, daß die Soldaten warmes Abendbrot bekommen? Das warme Abendbrot verursacht doch auch Mehrausgaben. Ich erinnere hier an die Erklärungen Bebels und Liebknechts im Reichstage in Bezug auf die Möglichkeit, daß es dazu kommen sollte, gegen den Feind aus dem Osten, gegen die zarische Barbarei zu gehen. Wenn jene Erklärungen in der ganzen Partei mit großem Beifall aufgenommen worden sind, so sehe ich nicht ein, weshalb jetzt Schippel verurteilt werden soll. Wollen Sie, daß wir den eventuellen Krieg führen mit Kanonen, die von allen übrigen Staaten überholt sind? Und daß ein Krieg möglich ist, und daß es sogar einen Krieg geben kann, in dem wir um unsere Kultur kämpfen müssen, ist doch nicht zu leugnen."

Soweit Auer. Wir meinen, daß, wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, es dann durchaus unkonsequent war, gegen die Artillerievorlage zu stimmen, sondern man mußte danach für die Artillerievorlage stimmen. Diesmal konnte sich die Fraktion den Luxus eines derartigen Widerspruchs zwischen ihrer Abstimmung und ihrer sachlichen Beurteilung der Vorlage gestatten, weil es überhaupt auf die sozialdemokratischen Stimmen gar nicht ankam, — aber wenn die Fraktion stärker wird und wenn die anderen Parteien uneinig sind, so daß von unseren Stimmen die Entscheidung abhängt, dann wird sie die Konsequenz ihrer Auffassung der Dinge ziehen müssen! Und das bedeutet eine vollständige Frontänderung unseres parlamentarischen Verhaltens.

Gewiß sind wir für warme Abendkost und für die Abschaffung der blanken Uniformstücke, welche beim rauchlosen Pulver eine willkommene Zielscheibe bilden, eingetreten, aber durch diese Maßregel stärken wir ebensowenig den Militarismus, wie durch Krankenversicherung und Fabrikgesetzgebung das kapitalistische Ausbeutungssystem. Es handelt sich dabei vielmehr um einen Schutz des Soldaten vor dem Militarismus. Und dafür treten wir allerdings in vielen Fällen ein, indem wir z. B. die Soldatenmißhandlungen erörtern oder für ein öffentliches Militärstrafprozeßverfahren agitieren. Nunmehr sagt man uns aber, auch die Kanonen seien dazu da, um die Soldaten zu schützen — das ist doch das alte, hergebrachte Argument der Regierung, welche es stets so hinstellte, als handele es sich nicht um den Angriff, sondern um die Verteidigung, darum, daß unsere Armee nicht von dem Feinde widerstandslos niedergeknallt werde! Wie trefflich haben wir es doch bis jetzt verstanden, dieses Argument als einen Sophismus aufzudecken!

Der „Schutz", den das Schnellgeschütz dem Soldaten gewährt, besteht darin, daß es ihm erlaubt, seinen Gegner schneller niederzukartätschen, als dieser ihn. Nun leidet aber diese einzige Logik daran, daß sie auch dem Gegner nicht unzugänglich ist. Wie Deutschland, schaffen sich auch die anderen Länder Schnellgeschütze an, und was ist die Folge? Daß man auf allen Seiten mit viel schrecklicheren Mordwaffen als früher einander gegenübersteht, und wenn es zum Krieg kommt, dann fallen um so zahlreicher die Opfer auf allen Seiten. Darum kann man vielmehr mit Recht sagen: jede neue Waffenausrüstung schützt nicht den Soldaten, sondern dient ihm zu desto größerem Verderben, je vervollkommneter die Waffe ist.

Und wenn man sich einmal auf den Standpunkt stellt, die Waffen seien zum Schutze da, nicht zum Angriff, so hat ja die Bewilligung überhaupt kein Maß und keine Grenze. Denn eine Vervollkommnung kommt auf die andere, und was soeben neu war, wird zum alten Eisen. Das ist ja die Schraube ohne Ende, die wir sattsam kennen. Wie mit den Kanonen, so war es ja und ist es jetzt noch mit dem kleinkalibrigen Gewehr. Die Gründe, welche für die Bewilligung der Kanonen sprechen, sprechen sicher nicht minder für die Bewilligung des kleinkalibrigen Gewehrs. Zwischen den Schnellladekanonen und dem kleinkalibrigen Gewehr besteht aber auch anerkanntermaßen ein inniger Zusammenhang: die Entwickelung des schnell und weit schießenden Infanteriegewehrs war es, welche die alten, ungelenken Kanonen beinahe gefechtsunbrauchbar machte. Und darum ist denn auch mit der jetzigen Artilleriebewilligung noch keineswegs alles abgethan, sondern es ist nur der erste Schritt, dem noch weitere folgen werden, die immer mehr und mehr Ausgaben erfordern werden, je vollkommener die Waffe werden wird. Das Köstlichste aber ist, daß die Waffe der Zukunft nach aller Wahrscheinlichkeit weder das Geschütz, noch das Gewehr sein wird, sondern auf einer Mittellinie zwischen beiden zu suchen ist. Auf der einen Seite geht das Bestreben dahin, ein schnell zu ladendes, aber auch zugleich leicht bewegliches Geschütz zu schaffen. Inwiefern das letztere bei den neuen deutschen Kanonen zutrifft, wissen wir übrigens noch gar nicht einmal. Es ist also ein Geschütz zu schaffen, das einen möglichst geringen Umfang hat, möglichst wenig Gewicht hat, eine möglichst geringe Bedienung braucht und in der Zeiteinheit möglichst viel Geschosse abgiebt. Anderseits haben die Erfahrungen, welche mit dem kleinkalibrigen Gewehr gemacht wurden, gezeigt, daß dabei die Zielsicherheit verloren geht. Einmal schießt der Soldat zu schnell, um sich ein Ziel genau wählen zu können, und zweitens schießt er zu weit, um zielen zu können. Unter diesen Umständen wird die Thätigkeit des Soldaten beim Schießen eine rein automatische, die sich darauf beschränkt, innerhalb einer bestimmten Höhe nach einer bestimmten Richtung Schüsse abzugeben — wie es auch das Geschütz thut. Zu gleicher Zeit zeigt sich der Soldat immer weniger im stande, die nötige Zahl Patronen mit sich zu führen. Obwohl er jetzt viel mehr Patronen mit hat, wie früher, kann er sie doch viel schneller verschießen und läuft eher Gefahr, daß sich sein Feuergewehr in einen einfachen „Stockprügel" verwandelt. Es stellt sich immer mehr die Notwendigkeit heraus, den Soldaten vom Gewehr und womöglich auch von der Munition zu trennen, wie es beim Geschütz der Fall ist. So nähern sich die Bestrebungen einander von beiden Seiten. Die Waffe der Zukunft wird eine Maschine sein, welche ein bestimmtes Gebiet einfach mit Kugeln bestreuen wird. Ein derartiger Versuch war ja bereits die Mitrailleuse. Seitdem hat man nicht unterlassen, nach dieser Richtung hin weiter zu arbeiten. Eine allgemein bekannt gewordene Erfindung dieser Art ist das Maximsche Geschütz. Die Konstruktionsaufgabe ist auch im wesentlichen bereits gelöst, und es ist wohl möglich, daß schon die nächste Erfindung auf dem Gebiete der Sprengstoffe auch das neue Schießwaffensystem, die Synthese der jetzt bestehenden, mit sich bringt. Dann kann man alles, was wir bis dahin an Schußwaffen hatten, ruhig in den Schmelztiegel werfen. Dann wird aber auch die ganze traditionell übernommene Strategie und Taktik, die auch jetzt schon durch die Entwickelung der Schießwaffen in ihren Grundlagen erschüttert und zerrissen sind — in der Militärlitteratur zeigt sich nach beiden Richtungen ein sinnverwirrendes Aus- und Durcheinandergehen — über den Haufen geworfen. Die Entwickelung der Waffentechnik muß auf einer bestimmten Stufe, der sie bereits sehr nahe gerückt ist, zu einer vollständigen Umwälzung im militärischen System führen. Danach ist zu beurteilen, ob die jetzige Artillerievorlage für uns ein „geeignetes Agitationsmittel" war oder nicht.

Die gleiche Logik, welche von der Bewilligung einer Artillerievorlage — oder wenigstens Unterlassung der Agitation dagegen — zur Bewilligung jeder neuen Waffenausrüstung führt, zwingt dazu, sich in gleicher Weise auch jenen Militärvorlagen gegenüber zu verhalten, welche die Vermehrung der Präsenzstärke des Heeres anstreben. Denn die moderne Strategie beruht auf der Masse. Wer, bei gleicher Bewaffnung, schneller und mehr Soldaten ins Feld schickt, hat den Sieg; und wer siegt, hat den geringsten Verlust, — folglich ist eine Verstärkung des Heeres notwendig, um das Leben der Soldaten zu schützen! Auch das ist wiederum stets von der Regierung behauptet worden. Man hat uns gesagt: „Wollt ihr, daß unser geringes Heer von den feindlichen Massen einfach niedergedrückt wird?" Das hängt alles zusammen, wie mit eisernen Klammern, wenn man sich einmal auf den Standpunkt stellt, die Bewilligung der Artillerievorlage nicht verhindern zu wollen, und wir möchten sehen, wie man es unternimmt, diese Zusammenhänge zu zerstören, oder auch nur zu leugnen. Dann aber, glauben wir, ist es vor allem notwendig, daß wir uns darüber klar werden, was wir thun, die Konsequenzen unseres Handelns ziehen und für den Militäretat stimmen, — oder denn gleich am Anfang Umkehr halten!

Wenn wir aber die Militärausgaben bewilligen, so bewilligen wir von den 764 Millionen eigentlicher Reichsausgaben (nach Abzug der Ueberweisungen, nach dem Etat für 1897/98) volle 568, d. i. drei Viertel, und da doch auch die Zinsen für die bestehende Reichsschuld, die zum größten Teil durch Militärausgaben bedingt wurde, bezahlt werden müssen, so bleibt uns nichts übrig, als sämtliche Ausgabeposten des Reichsbudgets zu bewilligen. Dann müssen wir aber selbstverständlich auch dafür sorgen, daß diese Ausgaben durch Einnahmen gedeckt werden, und nach derselben Logik, welche aus dem Umstand, daß für die Volksmiliz noch keine Reichstagsmehrheit zusammenzubringen ist, die Schlußfolgerung zieht, wir müssen den Anforderungen des jetzigen Militärsystems Rechnung tragen, müßten wir darum, da an die Einführung einer Reichseinkommensteuer vorläufig nicht zu denken ist, für die Verbrauchssteuern und Getreidezölle stimmen. Also es bliebe uns nichts übrig, als das Reichsbudget zu bewilligen, wie die Freisinnigen und Demokraten, die es in seinen einzelnen Posten nicht minder scharf kritisieren als wir!

Was beweist nun das alles? Das beweist, daß der Grundsatz, nach dem wir bis jetzt handelten: „diesem System keinen Mann und keinen Groschen", nicht auf einer dogmatischen Schablone, sondern auf der richtigen Erkenntnis beruht, daß in dem kapitalistischen Staat alles und jedes in der Ausbeutung der arbeitenden Volksmasse seine Urquelle und in der Unterdrückung der arbeitenden Volksmassen sein Endziel hat!

Auer verwies auf die Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland, auf die Notwendigkeit, die „Kultur" zu schützen. Wir sind die allerletzten, diese Möglichkeit bestreiten zu wollen. Gewiß, Westeuropa wird noch mit dem zarischen Rußland sich militärisch auseinanderzusetzen haben. Aber ist es denn Preußen-Deutschland, welches diesen Kampf gegen Rußland zu führen bereit wäre, ist es „dieses System", auf welches man als auf ein Bollwerk der Kultur sich verlassen könnte? Ist es nicht vielmehr das jetzige kapitalistisch-militärische Deutschland, welches Rußland Vorschubdienste leistet? Beruht nicht die ganze Machtentwickelung Rußlands in den letzten Jahren neben der französischen, auf der deutschen Politik? Giebt man sich nicht in dem jetzigen militärischen Deutschland offenkundig alle Mühe, mit Rußland ein reaktionäres Bündnis einzugehen? Dieses militärische Deutschland ist weit davon entfernt, die europäische Kultur gegen Rußland schützen zu wollen, es will vielmehr mit Rußland zusammen diese Kultur bekämpfen, sie mit Feuer und Eisen in Blut ertränken! Welche Verblendung, welche ungeheuere Sinnverwirrung, welch selbstmörderisches Beginnen, in der Bekämpfung dieses Militarismus auch nur einen Augenblick nachlassen zu wollen! Nicht stärken, sondern schwächen müssen wir diesen Militarismus, wenn wir die Gefahr für die europäische Kultur abwenden wollen. Was würde die Folge sein, wenn das Deutschland des jetzigen Regiments sich militärisch weniger sicher fühlte? Dann würde es weniger arrogant sein in seinem politischen Auftreten, dann würde es nicht darauf hinausgehen, halbpart mit Rußland eine neue Teilung Europas vorzunehmen, es würde nicht mit aller Welt in Hader und Zwist liegen, sondern es würde sich nach Bundesgenossen umsehen, wo es jetzt sich Feinde stiftet. Der einzige Schutz gegen Rußland ist die Einigung Europas. Das hat der Sozialismus schon längst erklärt. Schließlich, ist es denn so völlig ausgeschlossen, daß die neuen Schnellladekanonen einmal gegen das Volk aufgefahren werden? Und da kommt man uns damit, daß man doch den Soldaten keine „Prügel und Stecken" in die Hände geben kann, und daß es noch weit ist bis zur „Volksmiliz"!

Man sollte meinen, das sind alles alte Sachen, die sich die Partei bereits an den Schuhsohlen abgelaufen hat, und doch wird es, wie der Fall zeigt, notwendig, das alles wieder in Erinnerung zu bringen. Wir glauben, man wird uns recht geben, wenn wir die Behauptung wiederholen, daß durch ihr Verhalten bei der Artillerievorlage eine totale parlamentarische Frontänderung der Fraktion eingeleitet wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Abgeordnetenhauses brachte einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, der Krone bald eine Vorlage wegen Amnestierung der verurteilten oberländischen Haberer zu unterbreiten.

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen-Meiningen liegt nun fast vollkommen vor. Bei der Stichwahl in Salzungen siegte Genosse Eckardt mit 200 Stimmen Majorität über den freisinnigen Emmrich; dagegen ist unser Kandidat in Gräfenthal unterlegen. Somit ist unsere Partei im Landtage durch vier Abgeordnete vertreten.

Eine Ausweisung mit Dampf. Ein aus Scharmbeck in Hannover gebürtiger Deutsch-Amerikaner, der seit Anfang September d. J. bei seinen dort lebenden Eltern zu Besuch weilte, wurde, dem „Vorwärts" zufolge, ohne daß ihm von seiten der Behörde irgend welche Frist zum Verlassen des preußischen Staatsgebietes gesetzt war, veranlaßt, sofort abzureisen. Der junge Mann, welcher um 1 Uhr mittags von der Ausweisungsordre Kenntnis erhielt, wurde gezwungen, den schon um 2 Uhr 26 Min. abgehenden Zug zu benutzen.

Nichtbestätigung aus politischen Gründen. Die Regierung in Arnsberg hat den Stadtverordneten L. Kruse in Hagen als Mitglied des Kuratoriums der höheren Mädchenschule nicht bestätigt. — Herr Kruse ist Vorsitzender des fortschrittlichen Vereins „Fritz Harkort" in Hagen i. W. und Vorstandsmitglied des Hagener Bezirksverbandes der Freisinnigen Volkspartei.

Der Hagelschaden in Elsaß-Lothringen. Die amtliche Abschätzung des Schadens, welcher in Elsaß-Lothringen durch die Hagelwetter des verflossenen Sommers angerichtet wurde, ist nunmehr abgeschlossen und hat die Gesamtsumme von 8 916 999,51 Mark ergeben.

Parteitag der deutsch-sozialen Reformpartei. Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wurden zunächst die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Zimmermann wieder zu Vorsitzenden gewählt. Nachdem dieses Ergebnis als — ein Stolz für die antisemitische Partei begrüßt worden war, wurde die Debatte über die Arbeiterfrage fortgesetzt. Dr. Lindström, der Korreferent zu den Naab'schen Thesen, schließt seine Ausführungen folgendermaßen:

Das Alter für die Zulassung zur Fabrikarbeit müsse heraufgerückt werden. Nicht aus sentimentalen, sondern von praktischen Gründen müsse die Frauenarbeit eingeschränkt und die Wohnungsfrage geregelt werden. Die Erfüllung dieser Forderungen biete die Gewähr, daß die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18971014/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG